

Rottal Terme: Bezirk kündigt Öffnungskonzept an

Zweckverbandsversammlung am kommenden Montag – Deutscher Sauna-Bund kritisiert Heinrichs Aussagen

Bad Birnbach. Bei einem Gespräch im Kurort, dem unter anderem Bürgermeisterin Dagmar Feicht und Landrat Michael Fahmüller teilnahmen, hatte der Bezirk in der vergangenen Woche angekündigt, die Situation in der Rottal Terme nach der kurzfristigen Schließung der Saunawelt im August neu zu bewerten. Ein Öffnungskonzept hinsichtlich der angestrebten Energieeinsparung solle erarbeitet werden. Diese will der Bezirk am kommenden Montag vorlegen, wenn der Zweckverband Thermalbad im Artrium in Bad Birnbach tagt.

Die Rede war davon, dass eine zeitweise Öffnung von Saunen wieder möglich sein könnte, wenn andererseits im Winter Außenbecken geschlossen würden. Denn: „Wenn es draußen kälter wird, wird das Beheizen von Außenbecken immer energieintensiver. Gleichzeitig ist bei kühlen Temperaturen die Nachfrage nach Saunen höher als wenn es wie im August 30 Grad Außentemperatur hat“, sagt der Strategische Geschäftsführer Franz Altmann-

perger in einer Pressemitteilung vom Montag.

Er hatte gemeinsam mit Werkleiterin Josefine Kohlmeier den Auftrag erhalten ein Konzept zu erarbeiten, das zwei Kriterien erfüllt: Die Energieeinsparung, die bisher durch die Schließung aller Saunen erzielt wurde, muss erhalten bleiben. Dies soll durch die teilweise Außerbetriebnahme von Außenbecken erreicht werden. Dann könnten einzelne Saunen geöffnet werden, um die Attraktivität der Rottal Terme insgesamt zu erhalten. „In Summe können wir so weniger Energie verbrauchen als in den letzten Wochen“, zeigt sich Altmannspurger optimistisch.

Errichtung einer Photovoltaikanlage

Die Details des Konzeptes werden am Montag, 26. September, in der öffentlichen Sitzung des Zweckverbandes (ZV) erläutert. Beginn ist um 9.30 Uhr. Weiter auf der Tagesordnung stehen ein Be-

richt über weitere Schritte zur gasunabhängigen Energieversorgung; die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Therapiebades und als Punkt 4: Bekanntgabe dringliche Anordnung der niederbayerischen Thermengemeinschaft – Schließung der Saunabereiche, Saunen und Dampfbäder. Dabei geht es darum, dass diese Entscheidung kurzfristig und ohne Beschluss einer Verbandsversammlung getroffen wurde, sondern nur – wie verlautbart wurde – nach Gesprächen mit Verbandsräten des ZV.

Unterdessen hat der Deutsche Sauna-Bund auf Aussagen von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich reagiert, die dieser bei einem Treffen mit der Spitze der Grünen in Massing getätigt hatte. Heinrich hatte dabei erklärt: Aber man müsse so ehrlich sein, dass eine Sauna zwar angenehm, aber kein Heilmittel sei. Man könne sich nicht darum bemühen, die Bäder als Gesundheitseinrichtungen einzustufen zu lassen, um ihre Gasversorgung zu sichern, und gleichzeitig die Sauna mit „Voll-

dampf“ weiterlaufen lassen. Diese Worte Heinrichs kann man beim Deutschen Sauna-Bund mit Sitz in Bielefeld in keiner Weise nachvollziehen.

Geschäftsführer Martin Niederstein: „Die Aussage geht leider einher mit zuletzt getroffenen Äußerungen vom Ministerpräsidenten Daniel Günther oder auch vom Präsidenten der Bundesnetzagentur Klaus Müller, dass Saunabaden ein verzichtbarer Luxus sei oder zu den persönliche Annehmlichkeiten gehöre. Dies ist nicht zutreffend und zeigt, dass bei einigen politischen Entscheidungsträgern immer noch das Verständnis dafür fehlt, welches wichtigen Beitrag regelmäßiges Saunabaden zur Entlastung des öffentlichen Gesundheitswesens leistet.“

Öffentliche Saunabäder seien etablierte Gesundheitseinrichtungen. Mehr als 1600 wissenschaftliche Studien würden die positiven gesundheitlichen Wirkungen des Saunabadens für die Erkältungsprophylaxe und die Immunabwehr sowie auf das Herz- und Kreislaufsystem oder

auch auf die verbesserte Möglichkeit für eine umfassende körperliche und psychische Regeneration belegen, sagt Günther auf Nachfrage der Heimatzeitung. „Saunabaden ist eine hervorragende Möglichkeit, durch individuelle Gesundheitsvorsorge, wirtschaftliche Folgekosten im Gesundheitssektor zu vermeiden. Jeder Euro ist hier gut investiert und zahlt sich gewinnbringend mehrfach aus. Saunabaden ist also durchaus Systemrelevant.“

„Unangemessen und falsch“

Natürlich müssten auch die Betreiber öffentlicher Saunaanlagen ihren Anteil zur Energieeinsparung beitragen und sich hier solidarisch mit anderen Branchen, der Industrie sowie den Bürgern und privaten Verbrauchern zeigen. „Die stereotype und einfache Schlussfolgerung zur Schließung der Saunaanlagen aus Teilen der Politik ist aufgrund der gesundheitsfördernden und wirtschaftli-

chen Relevanz der Bäder jedoch unangemessen und falsch“, unterstreicht Niederstein.

Schon aus eigenen betriebswirtschaftlichen Interessen seien in den Betrieben bereits in der Vergangenheit vielfach vorhandene Möglichkeiten zur Einsparung von Energie umgesetzt worden. Weitere Anstrengungen der Branche würden folgen, um das ausgegebene Einsparziel für Energie in Höhe von mindestens 20 Prozent zu erreichen. „Dabei ist es unter den bereits genannten Gründen keinesfalls nachzuvollziehen, warum Saunabäder durch die übertriebene Forderung zur erneuten alleinigen Schließung ungleich gegenüber anderen Branchen benachteiligt werden“, kritisiert der Geschäftsführer des Deutschen Sauna-Bundes und verweist darauf, dass öffentliche Schwimm- und Saunabäder bereits während der vergangenen beiden Pandemiejahre den längsten behördlich angeordneten Schließungszeiträumen unterlagen, ungeachtet der Relevanz im Rahmen einer öffentlichen Daseinsvorsorge der öffentlichen Hand. – wa/red